

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksache 15/127 –**

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses und zum Schutz von Beobachtern internationaler Organisationen im Rahmen der weiteren Implementierung des politischen Rahmenabkommens vom 13. August 2001 auf der Grundlage des Ersuchens des mazedonischen Präsidenten Trajkovski vom 21. November 2002 und der Resolution 1371 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 26. September 2001

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung, jährlich zu Beginn des Kalenderjahres einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um die Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa vorzulegen und dabei auch in einem gesonderten Kapitel über die Entwicklung der Verhandlungen über die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit den Staaten der Region zu berichten.

Berlin, den 2. Dezember 2002

**Franz Müntefering und Fraktion
Dr. Angela Merkel und Fraktion
Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Begründung

Mit dem Entschließungsantrag 14/6837 zum Antrag 14/6830 der Bundesregierung vom 23. August 2001 wurde die Bundesregierung aufgefordert noch im Jahr 2001 einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um ein Rahmenkonzept für die Stabilisierung Mazedoniens und um eine politische und ökonomische Gesamtstrategie für die Balkanstaaten vorzulegen. Dieser Bericht wurde

am 10. Dezember 2001 als Unterrichtung durch die Bundesregierung 14/7891 vorgelegt und enthielt folgende Schwerpunkte: Die Ziele einer Gesamtstrategie für Südosteuropa, politische Instrumente, operative Maßnahmen der Konfliktprävention und -bewältigung in Südosteuropa für die Bunderepublik Jugoslawien/Serbien, Kosovo, Presovo, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, ein Rahmenkonzept für Mazedonien, ein regionales Abrüstungskonzept und ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung organisierter Kriminalität in der Region.

Angesichts der nach wie vor erforderlichen Bemühungen um eine umfassende Stabilisierung der gesamten Region Südosteuropas durch eine nachhaltige regionale Krisen- und Konfliktprävention hält der Deutsche Bundestag eine Fortschreibung der Unterrichtung für erforderlich.